

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
36 (1922)**

196 (23.8.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-455062](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-455062)

36. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 38,75 Mark, dazu 3,25 Mark Belegporto, bei Abholen von der Expedition 40,00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 126,00 Mark, monatlich 42,00 Mark einschließlich Belegporto.

# Republik

Preis 2,00 M.

Bei den Inseraten wird die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Kürzungen, Währungsangaben und Umgelegt mit 2,00 Mk. berechnet, Familien-Anzeigen 1,50 Mk., für Anzeigen aus anderer Inserenten 3,00 Mk., Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 10,00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Mittwoch, 23. August 1922 \* Nr. 196

Redaktion: Peterstraße 74, Fernsprecher Nr. 58

### Bundeskanzler Dr. Seipel in Berlin.

Der deutsch-österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist am gestrigen Dienstag in Berlin eingetroffen, um auch mit dem Reichskanzler Dr. Brüning über die drohende Ausstufung seines Heimatlandes zu beraten. Vorher war Dr. Seipel in Prag und einem offiziellen Bericht der tschechoslowakischen Regierung ist zu entnehmen, daß der Ministerpräsident Dr. Beneš den Bundeskanzler wiederum auf den Völkerbund verwiesen und lediglich versprochen hat, beim Völkerbund und bei denjenigen Großmächten, die sich für Deutsch-Österreich interessieren, sein Gespräch sein zu wollen. Ausdrücklich heißt es in der Prager Meldung, daß die Lösung der mitteleuropäischen Frage nur schriftliche und blangemäß erfolgen könne.

Dr. Seipel hat diese Reise nicht mit einem festen Programm angetreten. Er geht nach Prag und Rom, um die Gefahr eines Zusammenbruchs Deutsch-Österreichs für die angrenzenden Länder zu betonen und er reist inzwischen nach Berlin, weil es ihn treibt, auch mit dem einzigen Reiche gleichen Stammes die gemeinsame Not zu besprechen. Darauf wird insbesondere die Partei der Großdeutschen hingewirkt haben, die mit den Christlichsozialen des Dr. Seipel zusammen die Regierung bildet. Mehr als eine Aussprache kann die Berliner Zusammenkunft nicht sein. Die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reiche ist in Versailles und Saint Germain mit drohender Gebärde verboten worden. Es mußten sogar nachträglich noch aus den Verfassungen alle Bestimmungen getilgt werden, die die Vereinigung vorbereiten sollten und weniger als je ist in diesem Augenblick daran zu denken, daß die Entente ihren Widerstand aufgeben wird. Ja, für Frankreich wäre zweifellos ein elementarer Anstoß Deutsch-Österreichs, wie er aus der Bergpreisung des deutschösterreichischen Volkes hervorgehen könnte, nur die willkommene Gelegenheit, zu allem anderen noch neue Zwangsmaßnahmen gegen das deutsche Volk zu ergreifen.

Als man in Versailles und St. Germain die Welt neu unter sich verteilte, da setzte man den stoff eines 6-Millionen-Reiches auf den Ruin. Förder eines 6-Millionen-Volkes und nicht genug damit, schlug man diesem kläglichen Gebilde, Österreich genannt, noch eine Anzahl unentbehrlicher Gliedmaßen und Organe weg. Unter dem Vorwand der Entlastung und Reparation raubte man dem Kinde noch die Taschen aus, man gestörte rein mutwillig eine ganze Anzahl von Produktionsstätten und als dieser „Staat“, auf dessen bergigem Boden nur wenig wachsen kann, nicht leben konnte, schenkte man ihm ab und zu ein Almosen. Ein Strom von Schibern in Uniform und Zivil überflutete das Land und tat das seinige dazu, die Preise über die Geldentwertung hinaus in astronomische Höhen zu treiben. Kreditverprechungen wurden immer wieder gegeben, aber nur in geringfügigem Umfang gehalten und die Anleihe von 15 Millionen Pfund, die zur Begründung einer neuen Währung und vermutlich zur Besetzung des Landes ausreichen würde, hat man auf der Londoner Konferenz nicht gewährt, sondern zur Prüfung an den Völkerbund verwiesen. Die Gründung der neuen Notenbank ist wiederum verzögert worden, weil die englischen Herren der Anglo-Bank und die französischen Herren der Länderbank, unbelümmert um die bedingungslose Zulage dieser Banken und um die vom Hauptausfluß des Rationalrates bereits genehmigten Satzungen der Notenbank, neue Bedingungen für ihren Anteil an dem einzuzahlenden Kapital stellen. Die Regierung Seipel hat ihre Tätigkeit mit einem großen Finanzprogramm begonnen, dessen Erfolg aber noch bevor er erreicht wird, schon vernichtet ist, da die hunderte Milliarden Papierkronen Erträge inzwischen ihren Wert verloren haben. Es erweist sich in Deutsch-Österreich, noch stärker als bei uns, daß in Ländern mit fallender Valuto Weststeuern in Papiergeld eine zweifache Uebung sind.

Es ist möglich, daß die Tschechoslowakei noch einige hundert Millionen ihrer Kronen flüssig macht — natürlich nicht ohne Gegenleistung — und daß auch Italien sich zur Vergabe von Geld bereit findet. Ohne gründlichen organischen Aufbau, zu dem eben 15 Millionen Pfund erforderlich sind, ist keine Lösung möglich. Deutschland muß selbst an Händen und Füßen gefesselt die schiefle Ebene in den Abgrund hinabrollend, talentlos zusehen, was den Brüdern im Süden geschieht. Wenn man uns aber zurecht, uns doch um die Aufnahme in den Völkerbund zu bewerben, so wird es die schärfste Unterlegung dieser Agitation sein, wenn das Volk eines Völkerbundeshaars — das ist Deutsch-Österreich — auf das russische Sumpferdbeau herabgedrückt wird. Nicht ohne Grund lag die Wiener „Arbeiterzeitung“ in ihrer Betrachtung zur Reise Dr. Seipels, daß die im Artikel 88 des Diktats von Saint Germain festgelegte „Unabhängigkeit“ Österreichs es nicht verpflichten kann, unabhängig zu verleben.

## Bradburys und Macleres Mission.

(Fig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Reparationskommission sind im Laufe des Dienstag fortgesetzt worden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes unterrichtet die Herren Bradbury und Macleres eingehend über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage. Im Auftrage der Reichsregierung hat er in seinen Ausdrücken kein Hehl daraus gemacht, daß die auf der Londoner Konferenz von Frankreich offiziell beantragten Garantien für ein Restorator unannehmbar sind und daß auch sonstige Garantien unter den augenblicklichen Wirtschaftsverhältnissen Deutschlands nicht getragen werden können. Am Nachmittag sprachen die ausländischen Delegierten beim Reichskanzler vor, um ihn von ihren bisherigen Einwürfen und ihren Wünschen Mitteilung zu machen. Diese Unterredung wird heute, Mittwoch, vermutlich Gegenstand einer Gehörvernehmung in der Reichskanzlei sein. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen läßt erwarten, daß sich Dr. Bradbury und das französische Mitglied des Garantienkomitees von Sonntag jedenfalls nicht nach Paris zurückgeben werden.

### Berlin - München.

(Fig. Berliner Drahtung.) Die bayerische Regierung hat die Reichsregierung am Dienstag abend davon in Kenntnis gesetzt, daß sowohl sie als auch die Sozialistpartei des bayerischen Landtages dem Ergebnis der letzten Rückfrage in Berlin zugestimmt haben. Die Notverordnung der bayerischen Regierung wird ebenfalls nach am heutigen Mittwoch aufgehoben werden. Damit ist der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich erledigt.

### Polnische Kartoffeln für Deutschland.

(Fig. Drahtmeldung.) Ein Konjunktium, dem große Wirtschaftsveränderungen angeheben, und das auch von den Gewerkschaften unterstützt wird, bemüht sich um einen großen Transport polnischer Kartoffeln für Deutschland, der insbesondere den großen Industriezentren ausgeführt werden soll. Es handelt sich insgesamt um eine Million Tonnen, doch kann sich diese Liefermenge nach Möglichkeit noch erhöhen. Mit diesem Unternehmen wird beabsichtigt, preisregulierend auf den deutschen Kartoffelmarkt zu wirken. Als Gegenleistung soll der polnischen Landwirtschaft künstlicher Dünger geliefert werden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, dürften aber in den nächsten Tagen zu einem guten Ergebnis führen.

### Für die Sozialrentner.

(Fig. Drahtmeldung.) Die Arbeitergemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen hat den Reichsarbeitsminister ersucht, dem Sozialrentner Ausschuß des Reichstages gemäß dem Ermächtigungsgesetz schleunigst eine Vorlesung zur Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner zugehen zu lassen. Das Ersuchen wird mit der fortgesetzten Entwertung der Mark und der damit steigenden Not der Sozialrentner begründet.

### Eine unerwünschte Sammlung.

Der amtliche Preussische Pressebericht schreibt: Die „Zentralstelle Vaterländischer Verbände“ hatte vor einiger Zeit dem Staatskommissar für die Regelung der Wohnfahrtsfrage in Preußen die Genehmigung für eine Sammlung zugunsten der „Opfer des Terrors in der Arbeiterstadt“ erbeten und hat, ohne den Befehl des Staatskommissars abzuwarten, schon mit der Werbung für diese Sammlung begonnen. Inzwischen ist aber der Befehl des Staatskommissars ergangen, und zwar: Die Genehmigungen für die öffentliche Sammlung erteilt werden, weil es sich hier nicht etwa um eine Zuschiebung aller in Frage kommenden Kreise handelt, sondern um Organisationen, die nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil der Arbeiterkräfte umfassen, und die zum Teil in klarer Gegnerschaft zu anderen Arbeiterorganisationen stehen. Angesichts der Tatsache, daß, wie gesagt, die „Zentralstelle Vaterländischer Verbände“ schon ihre öffentliche Sammelstätte eingerichtet hat, ist hiermit also ausdrücklich auf die Verlangung der Genehmigung durch die zuständige Behörde hingewiesen.

### Preßevertretung und Schutzgesetz.

Der Reichsverband der Deutschen Presse wendet sich mit einer Entschiedenheit seines eigenen Vorstandes erneut gegen die Beschränkung der Preßefreiheit, wie sie in den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik enthalten ist. Von journalistischen Gesichtspunkten heraus könnte man eine solche Einschränkung wohl anerkennen, indes weiß man zur Genüge, daß der Reichsverband auch nur auf den Vian tritt, wenn es sich um eine Verdrängung der Auswüchse der Reichspresse handelt, im umgekehrten Falle schmeigen alle Mäuler. Aus diesem Grunde können wir einem solchen Schritt wenig Achtung entgegenbringen.

### Dalutagewinne

Zur Auszahlung des Kartellgesetzes treffen, so wird aus Köln gemeldet, täglich Scharen von Ausländern im besetzten Gebiet ein, die hier alles, dessen sie habhaft werden können, zusammenfassen. Man schätzt die Zahl dieser Valutagewinner auf 200.000. Die Beschlüsse haben sich zunächst dadurch zu schämen versucht, daß die nicht zur Zahlung gehörenden Ausländer einer Preisauflage von 50-100 Pf. zu zahlen haben. Als auch diese Maßnahme

### Beamten-Tagung.

(Fig. Drahtnachricht.) Der Verband der Sozialdemokratischen Partei beruft zum Freitag den 8. September 1922 den Reichsbeamtenrat zu einer Tagung nach Berlin. Es gilt Stellung zu nehmen zu den großen Fragen, die die sozialdemokratische Beamtenchaft heute beschäftigen. Der Leiter des Beamtenrates der SPD, Gustav Hermann Böger, wird über „Das allgemeine Deutsche Beamtenbündnis“ sprechen. Die Mitglieder des Reichsbeamtenrates werden besonders eingeladen. Besetzt, die nicht direkt vertreten sind, können Vertreter anordnen, die Vertreter, der auf eigene Kosten entsandt werden muß, kann mit vollem Beratungsrecht an den Verhandlungen teilnehmen.

### Immer noch Sinnfeiner-Tätigkeit.

Aus Dublin wird gemeldet: Eine Gruppe von Sinnfeinern streifte am Montag das Haus des erkrankten Feldmarschalls Wilson, das von einem seiner Verwandten bewohnt wird, in Brand. Das Haus brannte bis auf den Grund nieder. Alle Anwohner und Familienangehörigen wurden vom Feuer verschont.

### Die Solidarität der Arbeiter.

(Fig. Drahtnachricht.) Eine Vertretung der Bergarbeiter-internationalen, bestehend aus je einem Engländer, Franzosen, Belgier und Deutschen, wird sich entsprechend einem Beschlusse des internationalen Bergarbeiterkongresses von Frankfurt a. M. demnächst nach Paris begeben, um der Reparationskommission Bericht über die deutsche Kohlenlage zu machen. Die Bergarbeitervertreter treffen vorher in Brüssel zusammen, um das deutsche Material zu prüfen und zusammenzufassen. Der Zweck dieser Aktion ist eine Erklärung der Bestimmungen über die Vierzehntägige Reparationsfrist zu erzielen.

### Verhandlungen mit den Bergarbeitern.

Am morgigen Donnerstag beginnen in Berlin die Verhandlungen über die neuen Lohnverordnungen der Bergarbeiter. Wie der „Zos. Parlamentarier“ erzählt, beschäftigen die im Bergbau vertretenen Arbeiterorganisationen eine Erhöhung der Gehaltsätze um 130 bis 140 Proz. zu fordern.

Im Hinblick auf die Lohnverhandlungen sollen die Verhandlungen über den Abschluß eines Arbeitsvertrages abgemacht stattfinden. Die Lohnforderung geht bekanntlich häufig zurück, während die Anforderungen in Anbetracht des kommenden Winters immer größer werden. Der Rückgang der Kohlenproduktion ist in der Hauptstadt zurückzuführen auf die Abwanderung der Bergarbeiter in die Industrie. Während im Reich auf 100 Bergleute gleich 52 Arbeiter kamen, ist diese Zahl auf 39 bis 40 zurückgegangen. Zugleich hat die Quantität während den Friedensstand erreicht, in vielen Fällen sogar überschritten. Die Abwanderung der Bergarbeiter in andere Berufe allein beläuft sich in den letzten Jahren auf 25.000. Die Bergarbeiter gehen vor allen Dingen in die Bauindustrie, wo bedeutend höhere Löhne gezahlt werden. Es ist zu hoffen, daß das Arbeitsvertragsabkommen zustande kommt, und daß auf diese Weise wenigstens die größten Gefahren von unserem Wirtschaftskrisen abgemindert werden.

nicht halt, ist eine Reihe von kleineren Firmen dazu übergegangen, den Verkauf an Ausländer zu sperren. Die kleineren Bergarbeiter, die Angehörigenverbände und die Gewerkschaften fordern energig die Wohnwagen gegen diese neue Auswanderung Deutschlands, die die Zustände vom vorigen Jahre noch weit übersteigert.

### Kämpfe in der schlesischen Metallindustrie

Aus Odrich wird gemeldet: Wegen Lohnunterschieden sind die Arbeiter der hiesigen Wagon- und Maschinenbau-Aktion-Gesellschaft, etwa 4000 an der Zahl, in den Aufstand getreten. Auch in Grünberg, Keulitz (Coe) und Kopenau sind in verschiedenen Betrieben der Metallindustrie die Arbeiter aus dem gleichen Grunde in den Streik getreten. Für den morgigen Donnerstag sind Einigungsverhandlungen in Aussicht genommen.

### Erhöhung der Gepäckfracht.

Amlich wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf das schnelle Sinken des Geldwertes sowie darauf, daß zum 1. September die Güter- und Erpreßfrachttarifen bis um 50 Proz. erhöhen, tritt die für den 1. Oktober vorgesehene Erhöhung der Gepäckfracht auf 10 Pf. für 10 Kilogramm und 1 Kilometer schon am 1. September in Kraft. Die Gepäckfracht wird am 1. Oktober um weitere 10 Proz. erhöht. Der Einheitsfuß beträgt dann also 15 Pf. für das Kilogramm und 1 Kilometer und die Mindestfracht 15 Pf.

### Gegen ein selbständiges Deutsch-Ober-schlesien.

Die ober-schlesische Zentrumspartei ersucht in einem öffentlichen Aufruf ihre Anhänger am 8. September für das Verbleiben Ober-schlesiens in Preußen zu stimmen. Der Aufruf legt dar, daß die Gründe, aus denen die Partei den Kampf um die Autonomie geführt habe, durch die erfolgte Regelung für konfessionelle und Vermaltungsfragen in Wegfall gekommen seien, so daß kein Anlaß mehr bestehe, gegen ein Verbleiben Ober-schlesiens in preussischen Staatsverbände zu stimmen.













